

**INHALT MAI 2007**

**SEITE 1**  
**HÄUFIGER ARBEITSLOS – AUCH MIT HÖHERER BILDUNG**

Untersuchung zur Arbeitsmarktintegration von Spätaussiedlern  
**ZAHLENWERK**  
Erwerbsstatus von Spätaussiedlern, Ausländern und Deutschen nach Bildungsabschluss in %

**SEITE 2**  
**„GUTE BILDUNG UND AUSBILDUNG SICHERN, ARBEITSMARKTCHANCEN ERHÖHEN“**

Erste Ergebnisse zum nationalen Integrationsplan  
**IRAKISCHE FLÜCHTLINGE BRAUCHEN SCHUTZ**  
Kritik von Flüchtlingsorganisationen  
**„SO VIELE VERANSTALTUNGEN WIE NOCH NIE“**  
Internationale Woche gegen Rassismus 2007

**SEITE 3**  
**WIRKSAMERE INTEGRATIONSMASSNAHMEN SIND NÖTIG**  
7. Bundesmigrationskonferenz der IG Metall  
**GEBALLTE INFORMATION**  
Woche der Weiterbildung für Menschen mit Migrationshintergrund im Mai  
**MOSCHEEN IN DEUTSCHLAND**  
Broschüre mit knappen Informationen  
**TERMINE**  
und Veranstaltungen

**SEITE 4**  
**FÜR EINE NACHHALTIGE INTEGRATIONSPOLITIK STREITEN**  
Kommentar von Annelie Buntenbach, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB  
**EUMC IST JETZT FRA**  
Erweiterung der Kompetenzen

## HÄUFIGER ARBEITSLOS – AUCH MIT HÖHERER BILDUNG

### Untersuchung zur Arbeitsmarktintegration von Spätaussiedlern

**S**pätaussiedler sind im Vergleich zu hier geborenen Deutschen und in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern am schlechtesten in den Arbeitsmarkt integriert. Dies ist das Ergebnis einer Untersuchung, die Anfang April vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA) veröffentlicht wurde.

Spätaussiedler sind Zuwanderer, die zumeist aus Osteuropa nach Deutschland gekommen sind und kommen. Sie besitzen die deutsche Volkszugehörigkeit – die sie belegen müssen – und haben deshalb nach Artikel 116 des Grundgesetzes einen Anspruch auf Einreise. Mit der Ankunft in Deutschland erhalten sie automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Für die vorliegende Untersuchung werden sie als spezielle Zuwanderergruppe betrachtet. Bei den Daten für Deutsche sind sie also herausgerechnet.

Etwas über die Hälfte der Spätaussiedler ist sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Für Ausländerinnen und Ausländer liegt der Wert bezogen auf das Jahr 2004 bei rund zwei Drittel, für Deutsche bei drei Viertel. Diese Daten widerspie-

geln sich dann auch in den Arbeitslosenquoten. Diese lag wiederum 2004 unter Deutschen bei elf Prozent, unter Ausländerinnen und Ausländern bei knapp 20 Prozent. Von den Spätaussiedlern ist über ein Drittel arbeitslos.

Von den Bildungsabschlüssen her liegen Spätaussiedler besser als Ausländerinnen und Ausländer. 52,1 Prozent verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung, 9,3 Prozent über eine akademische Ausbildung. Bei Ausländerinnen und Ausländern liegen die entsprechenden Werte bei 37,6 bzw. 6,8 Prozent, bei Deutschen bei 69,3 bzw. 10,2 Prozent. Allerdings sind die Bildungsabschlüsse nicht automatisch mit einem Zugang zum Arbeitsmarkt verknüpft. 43,6 Prozent der akademisch ausgebildeten Spätaussiedler sind arbeitslos. Bei den Ausländerinnen und Ausländern beträgt der entsprechende Wert 18,9 Prozent, bei Deutschen 8,1 Prozent.

Ein anderer Indikator für die Arbeitsmarktintegration ist die berufliche Position. Rund 70 Prozent der Spätaussiedler arbeiten als Nicht-Facharbeiter, bei den Deutschen sind es 17,9 Prozent. Umgekehrt sieht es bei der Beschäftigung als Angestellte aus. Von den Spätaussiedlern arbeiten 12,3 Prozent in diesem beruflichen Status, bei den Ausländerinnen und

Ausländern sind es 26,4 Prozent, bei Deutschen über 50 Prozent. Von den Spätaussiedlern, die als Angestellte beschäftigt sind, übt ein relativ großer Teil hoch qualifizierte Berufe aus, etwa Arzt, Ingenieur oder IT-Fachkraft.

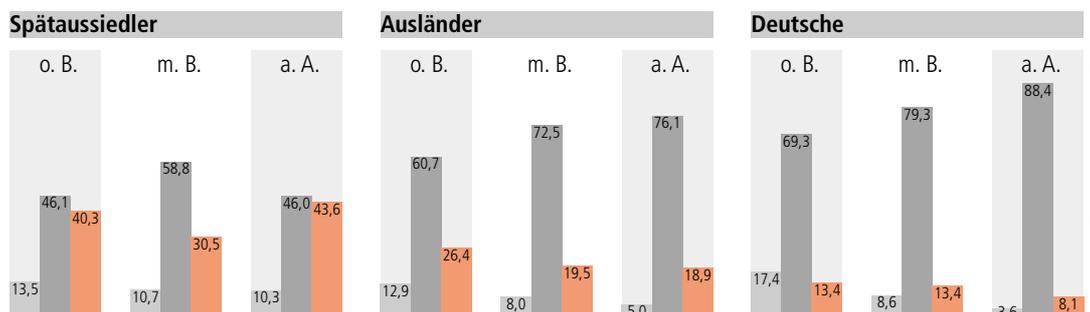
Eine Untersuchung über die Arbeitsmarktsituation von Spätaussiedlern ist erst seit kurzer Zeit möglich. Da sie bei der Einreise die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, sind sie in amtlichen Statistiken nicht gesondert erfasst. Lediglich im Sozioökonomischen Panel und bei einigen Spezialerhebungen können sie identifiziert werden. In der Arbeitslosenstatistik der BA wird der Status Spätaussiedler nach fünf Jahren gelöscht. Deshalb hat das IAB verschiedene Prozessdaten kombiniert, um Spätaussiedler als solche erfassen zu können. Festgehalten werden die Daten in der so genannten Integrierten Erwerbsbiografie (IEB). Vor dem Jahr 2000 eingereiste Spätaussiedler können allerdings nur zu einem geringen Teil erfasst werden. Im Wesentlichen bilden die Daten die Aussiedler ab, die seit dem Jahr 2000 nach Deutschland gekommen sind.

Die Studie zur Arbeitsmarktsituation von Spätaussiedlern kann heruntergeladen werden unter:  
[www.migration-online.de/iabkurzbericht8](http://www.migration-online.de/iabkurzbericht8)

### ZAHLENWERK

#### Erwerbsstatus von Spätaussiedlern, Ausländern und Deutschen nach Bildungsabschluss in %

o. B. = ohne Berufsausbildung, m. B. = mit Berufsausbildung, a. A. = akademische Ausbildung  
■ = geringfügig beschäftigt, ■ = sozialversicherungspflichtig beschäftigt, ■ = arbeitslos



# GUTE BILDUNG UND AUSBILDUNG SICHERN

## Erste Ergebnisse zum nationalen Integrationsplan

Aufenthaltstitel und Zugang zum Arbeitsmarkt – zum Beispiel die duale Ausbildung

Am 23. März 2007 verabschiedete die Arbeitsgruppe 3 zur Vorbereitung eines nationalen Integrationsplans ihren Abschlussbericht. Sie hatte das Thema „Gute Bildung und Ausbildung sichern, Arbeitsmarktchancen erhöhen“ bearbeitet und ist eine von sechs Arbeitsgruppen, die den Integrationsplan vorbereitet haben. Dieser wird am 12. Juli 2007 auf dem zweiten Integrationsgipfel von Bundeskanzle-

rin Angela Merkel der Öffentlichkeit vorgestellt.

Der Abschlussbericht der Arbeitsgruppe 3 kann heruntergeladen werden unter:

[www.migration-online.de/ag3abschlussbericht](http://www.migration-online.de/ag3abschlussbericht)

Der dazugehörige Dokumentenband kann beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales bestellt werden: [info@bmas.bund.de](mailto:info@bmas.bund.de)

(Zu dem Thema siehe auch den Kommentar auf Seite 4 von Annelie Buntentbach, DGB Bundesvorstand)

# SCHUTZ FÜR FLÜCHTLINGE

## Kritik von Flüchtlingsorganisationen

Der Europäische Flüchtlingsrat (ECRE) und PRO ASYL haben in einer gemeinsamen Erklärung Mitte April die europäischen Staaten aufgefordert, als „Akt der internationalen Solidarität und als Ausdruck ihrer Verantwortung für den internationalen Flüchtlingsschutz“ mindestens 20.000 Plätze für irakische Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen, die sich derzeit in den Nachbarländern des Irak aufhalten. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR sucht fieberhaft eben diese 20.000 Plätze für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge.

Jeden Monat fliehen 50.000 Menschen aus dem Irak und zwei Millionen irren als Binnenflüchtlinge durch das Land. Seit Beginn des Krieges vor vier Jahren sind über zwei Millionen Menschen aus dem Irak geflohen, die ganz große Mehrheit in Nachbarstaaten. Im Jahr 2006 erreichten gerade

einmal 19.400 Flüchtlinge die EU. 9.000 von ihnen stellten in Schweden einen Asylantrag.

Eine Reihe EU-Staaten, darunter auch Deutschland, planen eine möglichst baldige Abschiebung irakischer Flüchtlinge. Europa betreibt momentan eine Politik der Abwehr, Abschreckung und Entrechtung irakischer Flüchtlinge – so Richard Williams, EU-Repräsentant von ECRE. Er fordert ein großzügiges Flüchtlingsaufnahmeprogramm und einen europaweiten Abschiebestop.

In Deutschland stellten 2006 mehr als 2.000 Menschen aus dem Irak einen Asylantrag. Nur 189 von ihnen erhielten Schutz in Deutschland. Die anderen sind nur geduldet. Gleichzeitig wurde aber über 4.200 irakischen Flüchtlingen der Flüchtlingsstatus entzogen. „Die europaweit einzigartige Widerrufspraxis Deutschlands muss beendet werden. Sie ist völkerrechtswidrig, inhuman und kurzsichtig“, so Hubert Heinhold, stellvertretender Vorsitzender von PRO ASYL.



## „SO VIELE VERANSTALTUNGEN WIE NOCH NIE“

### Internationale Woche gegen Rassismus 2007

Die Internationale Woche gegen Rassismus 2007 endete am 25. März 2007. Bundesweit haben mehr als 500 Veranstaltungen – vor allem in Schulen, bei Sportveranstaltungen und kirchlichen Einrichtungen – stattgefunden. Außerdem gab es noch zahllose Veranstaltungen, über die der Interkulturelle Rat (IR) nicht informiert wurde.

„So viele Veranstaltungen waren es bisher noch nie, durchweg erschienen viele Interessierte und Besucher. Auch das Medienecho war in diesem Jahr groß wie nie zuvor“, zeigt sich auch der Geschäftsführer des IR, Thorsten Jäger, begeistert.

Hervorzuheben sind hierbei besonders die Aktionen einiger Schulen. Ein Beispiel ist die Gesamtschule Schwerte, die die ganze Woche Aktionen wie Theaterstücke, Filmvorführungen, Infostände, Vorträge und Zeitzeugengespräche mit anschließenden Diskussionen durchführte.

Ein weiterer Aktionsbereich war der Sport. Angeregt durch die Stadion-

durchsagen des Deutschen Fußball Bundes (DFB) in den meisten Oberliga-, Regional- und Bundesligaspielen nahmen auch kleinere Sportvereine die Woche zum Anlass, deutlich zu machen, dass beim Sport kein Platz für Rassismus ist.

Ebenfalls erwähnenswert sind die kommunalen Aktivitäten von Städten wie Leipzig, Marburg oder Darmstadt, die mit Initiativen, Vereinen und Institutionen vor Ort ein abwechslungsreiches und vielfältiges Programm entwickelten: Von Ausstellungen, über Podiumsdiskussionen, Konzerte, Stadtrundgänge, Besuche in Moscheen und Synagogen bis hin zu interkulturellen Stadt- und Straßenfesten.

Auch Gewerkschaften haben sich an der Woche beteiligt. So hat zum Beispiel der Arbeitskreis ausländische Arbeitnehmer der IG BCE gemeinsam mit dem Ausländerbeirat der Stadt Baesweiler im Kreis Aachen öffentlich zum Thema Rassismus und Diskriminierung informiert und diskutiert.

Die Pressemitteilung des Interkulturellen Rates steht im Internet unter: [www.interkultureller-rat.de/Presse/Presse\\_2007/PM-IWgR-Bilanz.pdf](http://www.interkultureller-rat.de/Presse/Presse_2007/PM-IWgR-Bilanz.pdf)

# WIRKSAMERE INTEGRATIONS- MASSNAHMEN SIND NÖTIG

## 7. Bundesmigrationskonferenz der IG Metall

**D**ie IG Metall hat von Politik und Unternehmen wirksamere Integrationsmaßnahmen gefordert. „Deutschland ist ein Einwanderungsland. Es reicht nicht, dass die Regierung Defizite in der Integrationspolitik einräumt, wir brauchen durchgreifende Korrekturen,“ erklärte der erste Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Peters, auf der 7. Bundesmigrationskonferenz seiner Gewerkschaft, die Ende März in

Sprockhövel stattfand. Den von der Bundesregierung mit dem Integrationsgipfel gestarteten interkulturellen Dialog bezeichnete Peters als notwendigen Schritt. Der bis Mitte des Jahres vorliegende „nationale Integrationsplan“ der Bundesregierung müsse neue integrationspolitische Konzepte beinhalten. „Wir halten nichts von einer Integrationspolitik, die nur Chancengleichheit verspricht, aber keine realen Chancen im Alltag schafft.“

Von zentraler Bedeutung seien spezielle Fördermaßnahmen, Sprachan-

gebote sowie Aus- und Weiterbildung für Jugendliche und Arbeit suchende Migranten. „Statt die Unternehmen erneut in Milliardenhöhe zu entlasten, sollte der Staat mehr investieren, zum Beispiel in öffentliche Beschäftigungsprogramme“, sagte Peters.

Gleichzeitig appellierte der IG Metall-Vorsitzende an die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen, Jugendlichen mit Migrationshintergrund berufliche Perspektiven zu eröffnen, statt sie aufgrund ihrer ethnischen Herkunft als Problemfälle zu betrachten.

# GEBALLTE INFORMATION

## Woche der Weiterbildung für Menschen mit Migrationshinter- grund im Mai

**V**om 7. bis 13. Mai findet die Woche der Weiterbildung für Menschen mit Migrationshintergrund statt. Titel: Pro Qualifizierung 2007: Vielfalt gestalten. Veranstalter sind die Träger der Equal-Entwicklungspartnerschaft Pro Qualifizierung: IQ Consult, DGB Bildungswerk, Zentralstelle für die Weiterbildung im Handwerk und Mozaik. Geplant sind verschiedene Fachveranstaltungen über Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten und über die Chancen, die eine interkulturelle Öffnung Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen bietet. Dazu kommen die vielfältigsten Informationen von neu erscheinenden Fachpublikationen über Porträts und

Testimonials von wichtigen Akteuren zum Thema bis zu wichtigen Hintergrundinformationen.

Eine Veranstaltung richtet sich zum Beispiel an Personalverantwortliche in Industriebetrieben und behandelt das Thema „Beschäftigungsfähigkeit von gering Qualifizierten durch Nach- und Ergänzungsqualifikationen erhöhen“. Eine andere Veranstaltung befasst sich mit der Externenprüfung im Handwerk. Titel: „Ein alter Weg schafft neue Chancen.“

Die Woche der Weiterbildung wird in ganz Nordrhein-Westfalen durchgeführt.

Alle Informationen finden sich auf der Internetseite:

[www.pro-qualifizierung.de](http://www.pro-qualifizierung.de)

In der Woche der Weiterbildung selbst gibt es da täglich ein neues Schwerpunktthema mit aktuellen Pressetexten, Statements, Hintergrundinformationen, Interviewpartnern zum Thema usw.

Die Ansprechpartnerin für Organisation und Durchführung:  
Nora Farik,  
Pro Qualifizierung –  
Multiplikatoren-schulung beim DGB  
Bildungswerk e.V.  
Telefon 02 11/43 01-1 89  
[nora.farik@dgb-bildungswerk.de](mailto:nora.farik@dgb-bildungswerk.de)

Die Ansprechpartnerin für die Presse:  
Elke Knabe  
Pro Qualifizierung –  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei  
der Zentralstelle für die Weiterbildung  
im Handwerk e.V.  
Telefon 0 22 61/92 62-11  
[eknabe@zwh.de](mailto:eknabe@zwh.de)

# MOSCHEEN IN DEUTSCHLAND

## Broschüre mit knappen Informationen

**A**uch wenn es seit einigen Jahren jeweils Anfang Oktober den „Tag der offenen Moschee“ gibt, an dem sich rund 1.000 der 2.500 Moscheen beteiligen, hat wohl nur eine Minderheit der Deutschen jemals eine Moschee von innen gesehen und sie von außen oft nicht erkannt. Die so genannten Hinterhofmoscheen sind einfache Beträume, die als solche nicht zu erkennen sind.

Informationen darüber, was Moscheen eigentlich sind und welche Rolle sie

im Leben der rund drei Millionen Muslime in Deutschland spielen, sind jetzt in einer kleinen Broschüre zusammengefasst, die Anfang März erschienen ist. Herausgeber sind das Deutsche Islamforum und das „Clearingprojekt: Zusammenleben mit Muslimen“, das vom Interkulturellen Rat initiiert wurde.

Die Broschüre bietet kurze Informationen über die Bauformen oder auch wann die erste Moschee in Deutschland gebaut wurde. Das war 1915 im brandenburgischen Wünstorf. Das Holzgebäude diente muslimischen Kriegsgefangenen als Gebetshaus und wurde in den 1920er-Jahren wegen Baufähig-

keit wieder abgerissen. Was vielleicht auch nicht so bekannt ist: In einigen Moscheen gibt es auch Nachhilfeunterricht für Kinder oder Sprachkurse.

Die Broschüre kann als PDF-Datei heruntergeladen werden unter:  
[www.migration-online.de/moscheen](http://www.migration-online.de/moscheen)

Eine Printversion kann kostenlos angefordert werden bei:  
Interkultureller Rat  
Goebelstraße 21  
64293 Darmstadt  
Tel.: 06151-33 99 71  
Fax: 06151-39 19 740

# TERMINE

## und Veranstaltungen



**Ausländerbeschäftigungsrecht –  
Arbeitsmarktzugang für  
Geduldete und Asylbewerber**  
Seminar: 14.–15.05.2007, Düsseldorf  
[www.migration-online.de/  
sem\\_asyl\\_zugang](http://www.migration-online.de/sem_asyl_zugang)

**Frauen in der Migration**  
Seminar: 10.–15.06.2007, Hattingen  
[www.migration-online.de/  
frauen\\_migration](http://www.migration-online.de/frauen_migration)

**Weiterbildung für Menschen mit  
ausländischem Pass –  
Fördermöglichkeiten in der  
Sozialgesetzgebung**  
Seminar: 11.06.2007, Köln  
[www.migration-online.de/  
sem\\_sgb\\_foerdermoeglichkeiten](http://www.migration-online.de/sem_sgb_foerdermoeglichkeiten)

**Berufliche Weiterbildung von  
Migrantinnen und Migranten:  
Möglichkeiten und Grenzen der  
Beratungsarbeit**  
Workshop: 14.–15.06.2007, Hattingen  
[www.migrations-online.de/  
motivationsfoerderung](http://www.migrations-online.de/motivationsfoerderung)

**Methoden der Kompetenzfest-  
stellung im interkulturellen Kontext**  
Workshop: 21.–22.06.2007, Hattingen  
[www.migration-online.de/wk\\_  
methode\\_kompetenzfeststellung](http://www.migration-online.de/wk_methode_kompetenzfeststellung)

Informationen im Internet unter:  
[www.migration-online.de](http://www.migration-online.de)  
oder Telefon 02 11/43 01-1 41



## FÜR EINE NACHHALTIGE INTEGRATIONSPOLITIK STREITEN

### KOMMENTAR

**Annelie Buntenbach, Mitglied  
des Geschäftsführenden  
Bundesvorstands des DGB**



Nur wenige staatliche Stellen und Organisationen können auf so lange Erfahrungen mit der Integration von Zuwanderinnen und Zuwandern zurückblicken, wie die Kirchen und die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften setzten sich von Anfang an mit der Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen ein. Gleichzeitig versuchten sie, ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als Mitglieder – mit gleichen Rechten – für die Gewerkschaften zu gewinnen, um gemeinsam mit ihnen für die Durchsetzung der Interessen aller Beschäftigten einzutreten. Dazu erforderlich waren Informationen in den Sprachen der Herkunftsländer, spezifische Seminare und Migranten als Beraterinnen und Berater einzustellen sowie die Beteiligung an der

betrieblichen Interessenvertretung einzufordern.

In der aktuellen, von der Bundeskanzlerin im letzten Jahr angestoßenen, integrationspolitischen Debatte wird zwar auf die historischen Erfahrungen und die Integrationsleistungen der Migrantinnen und Migranten verwiesen. Es müsse aber festgestellt werden, heißt es in dem Beschluss der Bundesregierung vom 12. Juli 2006, dass „gerade bei der zweiten und dritten Generation deutliche Integrationsdefizite“ bestünden, diese gelte es zu beheben. Richtig ist, dass – angesichts der gravierenden Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur – die Bedeutung der deutschen Sprache und eines möglichst guten Schul- und Berufsabschlusses für eine nachhaltige Arbeitsmarktintegration wächst. Richtig ist aber auch, dass die geringe Ausbildungsbeeteiligung ausländischer Jugendlicher und die überproportionale Arbeitslosigkeit mit dem Qualifikationsniveau allein nicht erklärt werden kann.

Die Gewerkschaften verfolgen daher einen – gegenüber den Vorstellungen der Bundesregierung – weitergehenden Ansatz in der Integrationspolitik. Diesen haben sie im Beschluss des DGB Bundeskongresses 2006 „Aktionsplan für Integration und Chancengleichheit entwickeln“ deutlich gemacht. Ziel der Integration ist nicht die Assimilation in eine Gesellschaft, in der Eingewanderte möglichst unauffällig leben; Ziel ist die Weiterentwicklung einer gemeinsamen und pluralen Gesellschaft, „die allen Einwohnern, unabhängig von der Frage, ob jemand eingewandert ist oder nicht, gleiche Chancen zur Teilhabe in Gesellschaft, Bildung, Arbeitsleben und im sozialen Umfeld und bei politischen Entscheidungen bietet“. Auf dieser Grundlage haben der DGB und die Gewerkschaften insbesondere in der von der Bundesregierung eingesetzten Arbeitsgruppe „Gute Bildung und Ausbildung sichern, Arbeitsmarktchancen erhöhen“ mitgearbeitet, Statements abgegeben und Thesenpapiere erstellt, deren Inhalte in den Abschlussbericht dieser Gruppe eingeflossen sind.

Inzwischen liegen auch die Ergebnisse der Arbeitsgruppen vor. Deutlich wird, dass die Bundesregierung in allen Arbeitsgruppen den Versuch unternommen hat, die – mit den rechtlichen Rahmenbedingungen verbundenen – Integrationshemmnisse auszublenzen. Gerade der vorgelegte Gesetzentwurf zur Änderung des Zuwanderungsgesetzes mit seinen Verschärfungen beim Ehegattennachzug, der Integrationsförderung oder im Staatsangehörigkeitsrecht zeugt von einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber Eingewanderten.

Da beides, die weitere Formulierung des „Nationalen Integrationsplans“, an der die Gewerkschaften und die Migrantinnenorganisationen nicht beteiligt sind, und das aktuelle Gesetzgebungsverfahren parallel verhandelt werden, kommt es darauf an, weiter für eine nachhaltige Integrationspolitik zu streiten und für die Unterstützung unsere Positionen zu werben.

2007 besteht laut dem neuen FRA-Bulletin darin, sich mit den Themenbereichen Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und damit einhergehender Intoleranz zu befassen, bis der erste Mehrjahresrahmen für die Agentur verabschiedet ist.

## EUMC IST JETZT FRA

### Erweiterung der Kompetenzen

Die „Europäische Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ (EUMC) heißt seit Anfang März 2007 „Agentur der Europäischen Union für Grundrechte“ (FRA). Nicht nur der

Name ist neu, auch die Aufgaben und Befugnisse sind leichten Veränderungen unterzogen. In der Verordnung zur Errichtung der FRA (Verordnung (EG) Nr. 168/2007 des Rates) wird deren Mandat gegenüber der EUMC erweitert. Der Auftrag für das Jahr

2007 besteht laut dem neuen FRA-Bulletin darin, sich mit den Themenbereichen Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und damit einhergehender Intoleranz zu befassen, bis der erste Mehrjahresrahmen für die Agentur verabschiedet ist.

### GEFÖRDERT DURCH



Bundesministerium  
des Innern



Bundesamt  
für Migration  
und Flüchtlinge

### IMPRESSUM

#### HERAUSGEBER

DGB Bildungswerk  
Vorsitzender: Dietmar Hexel  
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

#### VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Leo Monz

#### KOORDINATION

Michaela Dälken

#### REDAKTION

Bernd Mansel  
(Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

#### LAYOUT

Gitte Becker

#### DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

#### FOTOS

photocase, Paul Glaser

#### DRUCK UND VERTRIEB

Setzkasten GmbH, Düsseldorf

#### ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich

#### BESTELLADRESSE

SETZKASTEN GMBH  
Produktion, Verlag, Werbung  
Kreuzbergstraße 56  
40489 Düsseldorf  
Telefax 02 11/4 08 00 90-40  
E-Mail mail@setzkasten.de

#### ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

DGB Bildungswerk  
Bereich Migration & Qualifizierung  
Hans-Böckler-Straße 39  
40476 Düsseldorf  
Telefon 02 11/43 01-1 88  
Telefax 02 11/43 01-1 34  
migration@dgb-bildungswerk.de  
www.migration-online.de